Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2244

04. 05. 88

Antrag

der Fraktion der SPD

Plebiszit in Chile

Am 11. September 1973 wurde die demokratische Verfassung Chiles durch den blutigen Putsch der chilenischen Streitkräfte außer Kraft gesetzt. Seither wird die Regierungsgewalt von einer Militärdiktatur unter Führung von Augusto Pinochet Ugarte ausgeübt. Ausnahme- und Belagerungszustände, Unterdrückung, Folter und Mord an politischen Gegnern prägen das Bild der chilenischen Militärdiktatur.

An der starren Haltung Pinochets sind selbst die Ansätze zu einem Dialog zwischen der Militärregierung und der demokratischen Opposition, wie sie insbesondere auf der Grundlage des Acuerdo Nacional versucht worden waren, gescheitert.

Die gegenwärtige Lage ist dadurch gekenzeichnet, daß mindestens 15 politische Gefangene von der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung bedroht sind, staatliche Organe nach wie vor schwere Übergriffe gegen chilenische Bürgerinnen und Bürger vornehmen, Menschenrechtsorganisationen und ihre Mitglieder in ihrer Arbeit zugunsten der Durchsetzung von elementaren Menschenrechten behindert und die oppositionelle Presse und Journalisten bedroht und unterdrückt werden. Gleichzeitig ergreifen einheimische und internationale Unternehmen sowie die „offiziellen" chilenischen Medien einseitig und ständig für die Diktatur Partei.

Die 1980 in Kraft gesetzte neue „Verfassung" Chiles sieht demokratische Wahlen nicht vor. Im Jahre 1988 soll in einem Volksentscheid darüber abgestimmt werden, ob der von der Militärjunta vorgeschlagene Kandidat für die Jahre 1989 bis 1997 als Präsident Chiles bestätigt wird. Eine Auswahl unter mehreren Kandidaten ist bei diesem Wahlgang ebensowenig vorgesehen wie die Wahl eines Parlaments.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß der „Volksentscheid" über einen einzigen von der Militärjunta Chiles vorgeschlagenen Präsidentschaftskandidaten nicht annähernd die Mindestanforderung für eine demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Chile erfüllt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß sich viele chilenische Bürger trotz erschwerter Bedingungen für die Eintragung in die Wählerlisten gleichwohl bemühen, an der Abstimmung teilzunehmen. Es dürfen nicht nur Jasager die Abstimmung mit einem scheindemokratischen Mäntelchen versehen können und sie so zur Farce werden lassen.

Der Deutsche Bundestag fordert

— die Zulassung aller chilenischen politischen Parteien und die Herstellung ihrer freien politischen Betätigung;

— die Rückkehrmöglichkeit für alle exilierten Chileninnen und Chilenen;

— die Herstellung der Versammlungsfreiheit;

— die Presse- und Informationsfreiheit;

— den Zugang aller politischen Gruppierungen zum Fernsehen;

— die Entlassung aller inhaftierten Journalistinnen und Journalisten aus den Gefängnissen;

— die Herstellung der Chancengleichheit bei der Kampagne um das Plebiszit.

Der Deutsche Bundestag appelliert an nicht-staatliche Institutionen, an Kirchen, Gewerkschaften, Institutionen der Wohlfahrt usw., sich für freie Wahlen in Chile einzusetzen und – solange diese nicht möglich sind – die Menschen in Chile zu ermutigen, an der Volksabstimmung teilzunehmen.

Der Deutsche Bundestag beschließt, zur „Volksabstimmung" Beobachter aus allen Fraktionen des Deutschen Bundestages nach Chile zu entsenden. Diese Beobachter sollen gleichzeitig die Lage der politischen Gefangenen, insbesondere der 15 vom Tode bedrohten Chilenen erkunden. Gleichzeitig bittet er Gewerkschaften, Kirchen, soziale Organisationen und Medien, an entsprechenden Delegationen teilzunehmen bzw. eigene Beobachter zu entsenden.

Der Deutsche Bundestag fordert das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der demokratischen europäischen Staaten auf, ähnliche Aktionen in die Wege zu leiten und die Solidarität aller Demokraten gegen Diktatur und Unterdrückung zu demonstrieren.

Er fordert die Bundesregierung auf, alle Maßnahmen, Kreditzusagen und Handlungen zu unterlassen, die als Unterstützung der Diktatur in Chile verstanden werden könnten.

Bonn, den 4. Mai 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333